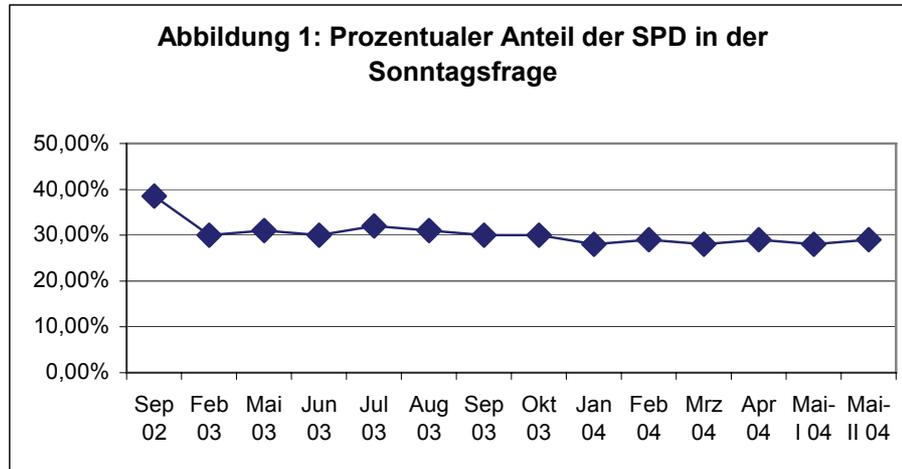


Sozialdemokratie in der Krise: Die SPD auf der Suche nach einer neuen Identität

Uwe Jun

1. Einleitung: Die SPD in einer schwierigen Situation

Die SPD befindet sich offenkundig in einer krisenhaften Umbruchsituation, die von Medienöffentlichkeit und potenziellen Sympathisanten gleichermaßen mit kritischen Augen betrachtet wird: Negative Schlagzeilen über Fehler in der Regierungspolitik, über innerparteiliche Kontroversen und über unzureichende Konzepte angesichts der gravierenden Probleme des deutschen Wohlfahrtsstaates bestimmen das derzeitige Bild der Partei wie Tiefststände der Wählerwirksamkeit bei Meinungsumfragen und erhebliche Mitgliederverluste (siehe Abbildung 1). Die in Folge der „Agenda 2010“ und der so genannten „Hartz-Gesetze“ begonnenen Umbauten des Wohlfahrtsstaates durch die von der SPD geführten Bundesregierung kündigen Veränderungen einer Partei an, von denen in der Öffentlichkeit erst Umriss erkennbar sind und deren Folgen kaum jemand einschätzen kann. In der SPD selbst sind Verunsicherung, teilweise Resignation und Enttäuschung spürbar. Die Übergabe des Parteivorsitzes von Bundeskanzler Gerhard Schröder an den Fraktionsvorsitzenden Müntefering hat bisher noch keine wesentliche Umkehr bewirkt. Welches sind die tieferen Ursachen für die derzeitige Situation der SPD? Ist die Partei auf dem Weg zu einer neuen Identität? Diese Fragen sollen in dieser Abhandlung in Form einer kurzen Situationsanalyse und eines Ausblicks behandelt werden. Um die vielfältigen Ursachen für die derzeitige Situation der SPD in ihren komplexen Zusammenhängen darstellen zu können, bedarf es eines umfassenden Blicks auf drei zentrale Ebenen von politischen Parteien: die inhaltlich-programmatische, die organisatorische und die kommunikationsstrategische. Dazu wird in einem ersten Schritt die Regierungspolitik seit Beginn der rot-grünen Koalition kurz skizziert. Ausführlicher soll auf die „Agenda 2010“ mit ihren Auswirkungen auf das Binnenleben der SPD, das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften und das zwischen Partei und Regierung eingegangene werden. Als Hauptgründe für die derzeitige Krise der SPD werden interne Ursachen, Glaubwürdigkeitsprobleme der Regierungspolitik und die innere Zerrissenheit der Partei ausgemacht, die sogar als wichtiger erscheinen als die externe Ursache, nämlich die nur schwer herzustellende Akzeptanz von Einschnitten von sozialen Leistungen bei den betroffenen oder potenziell betroffenen Gruppen.



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer.

2. Problembereich I: Glaubwürdigkeitsverluste der Regierungspolitik

Als eine Hauptursache der derzeitigen schwierigen Situation der SPD ist der Glaubwürdigkeitsverlust der Regierungspolitik anzusehen. Die diffusen und vielfältigen Erwartungen ihrer heterogenen Wählergruppen konnte die Partei nach dem Regierungswechsel 1998 bis heute nicht in ausreichendem Maße erfüllen. Es erwies sich als gravierende Schwäche, dass kommunikationsstrategische Überlegungen und programmatisch-konzeptuelle Entwürfe nicht als eine Einheit entworfen worden sind.¹

„Innovation und Gerechtigkeit“: Leitmotiv ohne programmatische Grundlage

Mit dem Leitmotiv „Innovation und Gerechtigkeit“ versprach die SPD im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 ihren Wählern den Wert der sozialen Gerechtigkeit mit den notwendigen Modernisierungsschritten des deutschen Wohlfahrtsstaates zu verbinden zu einer kohärenten Regierungspolitik, die nach 16 Jahren Amtszeit von Helmut Kohl als Bundeskanzler von vielen als notwendiger Aufbruch interpretiert worden war. Gerhard Schröder als so genannter Modernisierer und Oskar Lafontaine als Bewahrer traditioneller sozialdemokratischer Politik personifizierten in der Öffentlichkeit diesen Versuch eines politischen Spagats, der angesichts der vielfältigen ökonomischen und sozialen Probleme Deutschlands kaum realisierbar schien, allenfalls unter der Voraussetzung eines abgestimmten Konsenses der handelnden Akteure und gründlich vorbereiteter, umfassender Konzepte, welche die komplexen Problemlagen analysierten und Lösungsvorschläge enthielten.

Doch schon bald wurde deutlich, dass Lafontaine und Schröder mit unterschiedlichen programmatischen Vorstellungen aufwarteten, ohne sich inhaltlich auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Folge in den ersten Monaten der Regierungspolitik war „a period of indiscipline and incipient chaos“². Inhaltlich wurde der Regierungsstil geprägt von der Vorgehensweise der „Nachbesserung“: Eilig entwickelte Konzepte wurden in der Öffentlichkeit schon als Regierungsentwürfe diskutiert und in den Gesetzgebungsprozess eingebracht, offenkundige Mängel erst im diskursiven Prozess anschließend abgebaut und Kritikpunkte der Interessenorganisationen partiell sukzessive im nachhinein eingearbeitet. Die politische Öffentlichkeit erkannte schnell die unzureichende programmatisch-inhaltliche Vorbereitung der SPD auf die Regierungsübernahme, reagierte mit einer ersten Abwendung und fügte der SPD im ersten Halbjahr 1999 Wahlniederlagen bei Landtagswahlen (Hessen) und der Wahl zum EU-Parlament zu. Zu offenkundig war, dass die „pragmatische Reformpolitik“³ nicht auf durchgreifende programmatische Reformen der Oppositionszeit zurückgreifen konnte. Dazu fehlte es der SPD an personeller Kontinuität wie an durchgreifenden reformerischen Initiativen. Die wechselnden Vorsitzenden der Partei in den neunziger Jahren bis zur Regierungsübernahme (Engholm, Scharping, Lafontaine) waren entweder nur eine zu kurze Zeitdauer im Amt, um erfolgreich grundlegende programmatische Veränderungen zu implementieren oder sie zeigten geringes Interesse an programmatisch-inhaltlichen Konzepten. Das hat seinen Grund wesentlich darin, dass in der fragmentierten und segmentierten Organisationswirklichkeit einer Großpartei wie der SPD innerparteiliche Blockaden und Widerstände erst aufgelöst werden müssten, was nur über einen längeren Zeitraum möglich erscheint. Entwürfe blieben so in Schubladen liegen, bevor sie in kohärente programmatische Konzepte umgewandelt werden konnten.

Bilanz der ersten Amtsperiode: Kaum Reformen des Wohlfahrtsstaates

Zwar konnte sich Schröder im folgenden gegenüber Lafontaine durchsetzen und die innerparteiliche Linke sowie die gewerkschaftsnahen Traditionalisten im Regierungsalltag dominieren, er musste aber ab 2001 angesichts der nahenden Bundestagswahl aus taktischen und wahlstrategischen Gründen auf die vielfältigen Gruppierungen der Mitglieder und Sympathisanten der Partei Rücksicht nehmen und als integrierender Parteivorsitzender auf deren Belange und Interessen eingehen. Innerparteiliche Konsolidierung stand im Vordergrund. Der Modernisierer Schröder wurde somit als Parteivorsitzender gleichzeitig zum Sozialstaatsbewahrer, was beispielsweise nach innerparteilichen Widersprüchen am recht schnellen Rückzug von den Inhalten des Schröder-Blair Papiers deutlich geworden ist. Pragmatismus bestimmte den Regierungsalltag, der in seiner zweiten Phase der ersten Legislaturperiode fast ausschließlich unter dem Zeichen des abwartenden Krisenmanagements stand, für welches das vom Bundeskanzler selbst geprägte Bild der Politik der ruhigen Hand stand.⁴ Aus der Gewissheit des nahenden Wahlkampfes wurden nach der erfolgreich verabschiedeten Steuer- und Rentenreform ab 2001 die dann ins Auge gefassten grundlegenden Reformen des Wohlfahrtsstaates aus vielfältigen Gründen verworfen. Neben den schon genannten sind aufzuführen:⁵

- Teile der SPD-Wählerschaft und nahezu ihre gesamte Mitgliedschaft bringt umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Leistungen eine ungebrochene Zustimmung entgegen und gerade in den neuen Bundesländern herrschen hohe Erwartungen diesen gegenüber vor.
- Der von der SPD in den ersten vier Regierungsjahren präferierte Regierungsstil „Führung und Konsens“ lässt erkennen, dass das Profil als Regierungspartei weniger an kohärenten programmatischen Grundsätzen orientiert war als an glaubwürdigen und mehrheitsfähigen Projekten und Themen, welche die politische Agenda und die Medienagenda bestimmen, unterschiedliche Gruppen an die Partei binden sollten und eine höhere Durchsetzungsfähigkeit der Politik versprechen. Die Machbarkeit politischer Vorhaben bestimmte primär das politische Handeln der Schröder-Administration, nicht programmatische Grundsätze.⁶
- Nach Einschätzung vieler Beobachter und Analytiker hat „Rot-Grün die Wunschliste der Gewerkschaften ziemlich gründlich abgearbeitet“.⁷ Schabedoth spricht in diesem Zusammenhang von einem strategischen Vorgehen beider Akteure, nämlich „dem Versuch, die traditionellen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Politikanliegen als Anliegen der politischen Mitte zu definieren und unterstützungsfähig zu machen“⁸. In der ersten Amtsperiode der Administration Schröder wurden insbesondere in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Ziele durchgesetzt, die den Vorstellungen der Gewerkschaften recht nahe kamen.
- Recht erfolglos blieben auch die so genannten Konsensrunden, die eine „ergebnisorientierte Dialogkultur zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und kritischer Öffentlichkeit“⁹ etablieren sollten. Die Einsetzung von Räten, Kommissionen und Bündnissen mit unterschiedlichen Partei- und Interessenvertretern zur Erarbeitung von Lösungsansätzen zu einzelnen politischen Problemen kann als ein zentrales Element des Regierungsstils Schröders gekennzeichnet werden. Dieses lässt sich charakterisieren als ein Versuch, Politik zu versachlichen, indem Experten von außen den Parteeinfluss reduzieren und ihr Fachwissen einbringen; gleichzeitig durch die Inszenierung von Aktivität eigene Führungskompetenz zu demonstrieren, aus der Regierungszentrale heraus zu steuern, mit nur geringer Mitwirkungsmöglichkeit der Regierungsfaktionen und -parteien. Insbesondere im so genannten „Bündnis für Arbeit“ erwiesen sich die auf Vermittler- bzw. Moderatorentätigkeiten angelegten Handlungsspielräume der Bundesregierung als nicht ausreichend groß genug, da im politikverflochtenen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland die Bundesregierung nur über eine begrenzte Handlungsfähigkeit verfügt. Die Blockadehemmnisse, die zum Teil in den Strukturen des politischen Systems in Deutschland angelegt sind, konnten nicht durchbrochen werden.

So lässt sich konstatieren, dass die SPD-geführte Bundesregierung in der ersten Amtszeit den traditionellen kontinentaleuropäischen, wohlfahrtsstaatlich-gemäßigt konsensuellen Pfad weiter geführt hat, ohne grundlegende Innovationen politisch durchzusetzen. Die Erfolge der Regierungspolitik der Schröder-Administration in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der ersten Amtsperiode sind nach übereinstimmenden Analysen sehr begrenzt. Der von Teilen der Wähler erhoffte Aufbruch ließ sich kaum feststellen, enttäuschte Hoffnungen einzelner Wählergruppen wirk-

ten sich insbesondere bei Landtags- und Kommunalwahlen negativ für die Partei aus, die eine Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 dank professionellem Kommunikationsmanagements, besonderer Umstände (sog. Flutkatastrophe im Osten Deutschlands, Irak-Krieg) und taktischer Fehler der Opposition in der Schlussphase des Wahlkampfes knapp abwenden konnte.

Die „Agenda 2010“ : Reformkonzept „von oben“

Erhebliche Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und damit einen weiteren Richtungswechsel der Regierungskoalition von SPD und Bündnis '90/Die Grünen lassen sich für den Beginn der zweiten Amtsperiode konstatieren. Hervorgehoben wurden diese durch die so genannte „Agenda 2010“, mit der die Bundesregierung die Ansprüche an den Staat verringern und mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative einfordern will. Der Ausgangspunkt der „Agenda 2010“ liegt bei einem Strategiepapier, das unter dem Titel „Auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit“ im Dezember 2002 im Kanzleramt von „einer kleinen Gruppe Vertrauter Bundeskanzler Schröders (...) unter Führung von Kanzleramtschef Steinmeier“¹⁰ erarbeitet wurde. In diesem Papier fordern die Autoren eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme, die durch eine Absenkung der Lohnnebenkosten bei gleichzeitigem Abbau von Subventionen, einer Absenkung der Steuerlast und einer erheblichen Beteiligung von Rentenempfängern an der Rückführung der konsumtiven Ausgaben flankiert werden soll. Gleichzeitig solle am Kurs der Haushaltskonsolidierung festgehalten und sollen Investitionen gefördert werden, insbesondere für Bildung, Forschung, Familie und Infrastruktur. Das Papier stellt erstmals nach 1999 wieder deutliche Verbindungslinien zum „Schröder-Blair Papier“ her, in dem die beiden Regierungschefs marktwirtschaftliche Prinzipien zur Modernisierung des Wohlfahrtsstaates bevorzugen und für mehr Eigenverantwortung der Bürger plädieren. Explizit heißt es im Strategiepapier: „Sie (die Bundesregierung, U.J.) knüpft dabei an ihre erfolgreiche Politik der Zeit nach Lafontaine an, die durch die exogenen Schocks im Jahre 2001 und den harten Wahlkampf 2002 unterbrochen wurde“¹¹.

Die Wahldebakel bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen im Februar 2003 und die weiter sinkenden Kompetenzwerte der SPD auf Seiten der Wahlbevölkerung, sowie eine weiter um sich greifende Agonie und Missstimmung innerhalb seiner Partei boten Bundeskanzler Schröder die Möglichkeit, als Krisenmanager in eine aktive Rolle zurückzukehren und seine politischen Reformvorhaben inner- wie außerparteilich durchzusetzen. Für das erhebliche Stimmungstief gegenüber der SPD nach der gerade gewonnenen Bundestagswahl können neben den negativen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Daten und der ohnehin nur mit Ausnahme der letzten drei Monate vor der Wahl seit Anfang 2002 negativen Kompetenz- und Imagewerte drei weitere Ursachen ausgemacht werden:

- Die Koalitionsverhandlungen mit Bündnis '90/Grüne wurden nahezu ausschließlich unter Gesichtspunkten der Haushaltskonsolidierung geführt und erschienen nach außen wie Haushaltsberatungen, ohne dass weiterreichende Konzepte zur Lösung der bestehenden Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit, die Defizite bei den Sozialversicherungen oder die Wachstumsschwäche der deutschen Volkswirtschaft in den Vordergrund gerückt wurden.

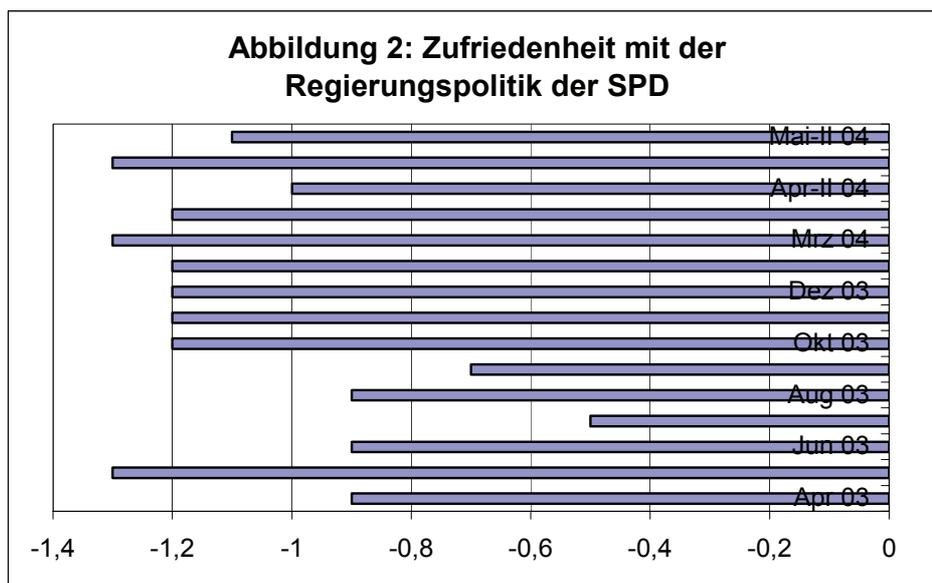
- Wesentliche Ziele oder Leitbilder der Regierungspolitik, die Zustimmung und Akzeptanz bei weiten Teilen der Bevölkerung hervorrufen könnten, wurden kaum vermittelt; die Inhalte des Wahlprogramms zur Bundestagswahl rückten in den Hintergrund; die Regierungspolitik verlor sich in Details, wie es insbesondere beim so genannten „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ zum Ausdruck kam.
- Die SPD erweckte nach der Bundestagswahl den Eindruck der Uneinigkeit: Zahlreiche innerparteiliche Diskussionen und Dispute ohne Einigung auf gemeinsame Konzepte prägten das Bild, das durch zahlreiche sich widerstreitende Aussagen führender Parteimitglieder in der Öffentlichkeit verstärkt wurde. Hierzu hat der Wechsel im Amt des Generalsekretärs eine Rolle gespielt, da Scholz entgegen der Auffassung seines Vorgängers Müntefering und dessen Bundesgeschäftsführer Machnig offenkundig der Erarbeitung und Umsetzung von Kommunikationsstrategien weniger Aufmerksamkeit geschenkt hat. Diese Haltung Scholz' hat sich in einer Mediendemokratie mit ihrer zentralen Anforderung der Kommunikationsfähigkeit eines politischen Akteurs als erheblicher Nachteil erwiesen.

Der von ihm selbst so bezeichneten „Kakophonie“ und dem Eindruck der Ausweg- und Tatenlosigkeit der Bundesregierung versuchte der Bundeskanzler zu begegnen, in dem er in die Offensive ging. Die am 14. März 2003 vor dem Bundestag gehaltene Regierungserklärung Schröders entsprach weitestgehend den Leitlinien des Strategiepapiers vom Dezember 2002. Aus Schröders Sicht ergab sich die Misere der SPD bei Landtagswahlen und Umfragen, „nicht weil wir zu reformfreudig, sondern weil wir zu ängstlich waren“.¹² Diese in erster Linie an seine eigene Partei gerichtete Einschätzung unterstrich Schröder, in dem er mit dem Verweis auf ökonomische Notwendigkeiten grundlegende Reformprozesse ankündigte, die bisherige sozialdemokratische Regierungspolitik verändern sollten: Im Sinne der Konzeption des „Dritten Weges“ von Anthony Giddens¹³ sollen Eigenverantwortung stärker gefördert und Eigenleistung stärker gefordert werden. Nicht mehr das Wünschbare, sondern das Bezahlbare soll zukünftig den Kern des Wohlfahrtsstaates ausmachen. Die „Agenda 2010“ soll somit einen langfristigen Wechsel einläuten: Der Wohlfahrtsstaat soll Schröders Vorstellungen zufolge nicht mehr länger als Ausfallbürge für fehlende Arbeitsplätze und Eigenvorsorge benutzt werden können, sondern vielmehr als aktivierender Sozialstaat Hilfe zur Selbsthilfe in den Vordergrund stellen. Konkret versteht die Schröder-Administration darunter die Ende des Jahres 2003 dann auch im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat verabredeten Maßnahmen:

- schärfere Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose bei Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, das heißt, das Langzeitarbeitslose jede angebotene Stelle annehmen müssen, ansonsten drohen Kürzungen der sozialen Leistungen;
- eine Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf maximal 12 Monate, bei Arbeitnehmern, die älter als 55 Jahre alt sind, auf 18 Monate;
- die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II auf dem niedrigeren Satz der Sozialhilfe;
- mehr Eigenbeteiligung der Versicherten im Gesundheitswesen;
- Steuererleichterungen durch die Reduzierung der Einkommenssteuer bei gleichzeitigem Abbau von Steuersubventionen (etwa bei der Entfernungspauschale oder der Eigenheimzulage);

- Veränderungen beim Kündigungsschutz: Kündigungsschutzregelungen sollen bei kleineren Unternehmen und bei Existenzgründern weniger greifen, Befristungen von Verträgen sollen erleichtert und die Abfindungsregelung bei betriebsbedingten Kündigungen wahlweise eingeführt werden.

Die verschiedenen Kurswechsel der Regierungspolitik haben Verunsicherung in der SPD und der Wählerschaft hervorgerufen, mit zurückgehender Glaubwürdigkeit der SPD und Vertrauensverlusten gegenüber der Regierung (siehe Abbildung 2).



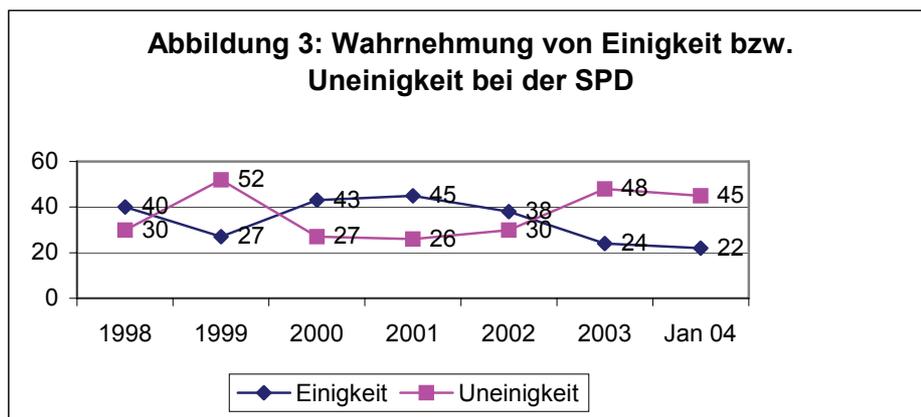
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer.

3. Problembereich II : Die innere Zerrissenheit und der Widerspruch der Gewerkschaften

Die Vorstellungen der „Agenda 2010“ stießen beim linken Flügel der SPD und bei großen Teilen der Gewerkschaftsführungen auf Skepsis und teilweise auf Ablehnung. Diese betrachten die „Agenda 2010“ als sozial unausgewogen und als eine Abkehr vom Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2002. Um die soziale Ausgewogenheit zu gewährleisten, ist aus Sicht der SPD-Linken unter anderem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Einführung einer veränderten Gewerbesteuer, die alle Unternehmen und Selbständige erfasst, und eine Abgabe für Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze bereit stellen, erforderlich.

Da die Parteiführung im Frühjahr letzten Jahres den Vorschlägen der Parteilinken eine Absage erteilte, versuchte diese auf einem innerparteilichen Weg von unten Zugeständnisse zu erzwingen. Unter dem Slogan „Wir sind die Partei“ nutzte eine Gruppierung um die Bundestagsabgeordneten Pronold und Schreiner die im Parteistatut

vorgesehene Möglichkeit eines Mitgliederbegehrens. Ein entsprechender Antrag an den Parteivorstand gegen die Verabschiedung der „Agenda 2010“ wurde von zehn Bundestagsabgeordneten eingebracht. Gleichzeitig forderte eine Reihe von Landespolitikern der SPD die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages über die Agenda. Die Parteiführung und mit ihr das damalige strategische Zentrum, bestehend aus dem seinerzeitigen Parteivorsitzenden Schröder, dem damaligen Generalsekretär Scholz, dem Fraktionsvorsitzenden Müntefering und dem Kanzleramtschef Steinmeier, lehnte dies mit dem Verweis ab, die Regierungsfähigkeit der SPD nicht untergraben zu wollen. Die Partei sollte diszipliniert werden, indem stetig und mit Nachdruck auf den Zusammenhang zwischen dem Erfolg der „Agenda 2010“ und der Regierungsfähigkeit hingewiesen wurde. Den Höhepunkt der innerparteilichen Auseinandersetzungen bildete die Abwahl des den Schröder-Kurs unterstützenden schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Thönnies auf einem Landesparteitag durch den eher regierungskritischen Alex Möller. Die Parteiführung lenkte darauf hin ein und unterbreitete dem Präsidium den Vorschlag, einen Sonderparteitag zur „Agenda 2010“ einzuberufen. Gleichzeitig verband Schröder mit der Forderung nach Durchsetzung der Agenda eine innerparteiliche Vertrauensfrage im Parteivorstand. Mit diesem Schritt wollte er seiner Partei erneut deutlich machen, dass die Regierungsfähigkeit der Partei eng an die Durchsetzung der geplanten Reformen geknüpft sei.



Quelle: Allensbach

Dass die Parteilinke einen nicht zu unterschätzenden Einfluss innerhalb der Gesamtpartei hat, wurde insbesondere auf dem ordentlichen Bochumer Parteitag im November 2003 deutlich. Dort konnte sie traditionelle Forderungen wie die höhere Besteuerung hoher privater Erbschaften, die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausreichend ausbildende Betriebe und die Einbeziehung weiterer Einkommensarten außerhalb des Erwerbseinkommens zur Finanzierung der so genannten „Bürgerversicherung“ in der Gesundheitspolitik durchsetzen, teilweise gegen die Vorstellungen der Parteiführung, die sich die Aufnahme dieser Punkte in die Regierungspolitik vorbehielt. Die Wahrnehmung einer Partei auf der Suche nach einer neuen Identität und der damit verbundene Eindruck der stetigen Uneinigkeit in der SPD mit samt einzelner Fehler in der Politikvermittlung haben zum

negativen öffentlichen Erscheinungsbild der SPD wesentlich beigetragen (siehe Abbildung 3).

Trotz inhaltlicher Diskrepanzen Zwang zur Kooperation? SPD und Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsführungen, insbesondere der mitgliederstärksten Organisationen Ver.di und IG Metall, und die Parteilinke bekämpften ebenfalls medienwirksam die „Agenda 2010“; ihre Strategie war es, nachdem sie innerparteilich keine Chance zur Mehrheitsbildung sahen, durch Medienauftritte und durch öffentlichen Druck Veränderungen zu ihren Gunsten herbeizuführen. Sie reagierten damit auf ihre geschwächte inner- und außerparteiliche Veto-Position. Die einstmalige enge Bindung zwischen Gewerkschaften und der SPD hat sich in Folge veränderter Sozialisations- und Rekrutierungsmuster in beiden Organisationen sowie eines gewandelten Politikverständnisses der Spitzen der SPD schon seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gelockert und lässt Unterschiede in den Zielen deutlicher erkennen. Die instrumentelle Bindung zum wechselseitigen Vorteil kann mittlerweile als bestimmender angesehen werden als die programmatisch-ideelle Verbindung. Aber trotz aller Abgrenzungen zwischen Partei und Gewerkschaften besteht personell, thematisch und wahlkampfstrategisch nach wie vor eine enge – wenn auch in ihrer Intensität abgeschwächte – Verbindung, von denen sich beide Teile Vorteile in unterschiedlichen Handlungsbereichen versprechen: die Gewerkschaften zur Sicherung ihrer gesellschaftlichen und politischen Machtposition, die SPD auf dem Wählermarkt und im Hinblick auf ihre Organisationsressourcen. Beide Organisationen sind in verschiedensten Netzwerken miteinander verwoben und weisen nach wie vor nicht zu unterschlagene inhaltliche Gemeinsamkeiten auf; die Abgrenzungsmöglichkeiten der Gewerkschaften sind ohnehin begrenzt, da sie keine echte Alternative als Kooperationspartner zur Absicherung ihrer Machtposition im politischen System besitzen. Wenn auch die SPD die Lockerung der Bindung aus machtpolitischen Erwägungen heraus als weniger bedrohlich für ihre Position empfinden mag als die Gewerkschaften, so hat sie doch bei den letzten Bundestagswahlen nicht unerheblich vom Eintreten der Gewerkschaften zu ihren Gunsten profitiert. Diese Konstellation dürfte dazu führen, dass beide Seiten eine Normalisierung ihres Verhältnisses zum gegenseitigen Vorteil anstreben werden. Erste Schritte dazu sind vom neuen Parteivorsitzenden Müntefering und DGB-Chef Sommer initiiert worden. Die Gewerkschaftsführung hat trotz aller verbalen Abgrenzung zur Regierungspolitik und trotz der Gründung einer sog. „Linkspartei“ von einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern bisher keine deutliche Abwendung von der SPD erkennen lassen.

Agenda ohne Alternative? Die Schwächen der Parteilinken

In der Zwischenzeit wurde die öffentlichkeitswirksame innerparteiliche und gewerkschaftliche Kritik – trotz offenkundigen Misstrauens von erheblichen Teilen der Parteibasis der SPD – an der „Agenda 2010“ geringer. Dies kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden:

- Mit der deutlichen Zustimmung zu seinem Reformprogramm (das Parteitagspräsidium sprach von 90 Prozent) auf dem Sonderparteitag am 1. Juni 2003 hatte Bundeskanzler Schröder eine weitgehende Legitimation erhalten, die kaum in Frage gestellt werden konnte. Auch Schröders Wiederwahl als Parteivorsitzender mit dem eher mäßigen Ergebnis von gut 80 Prozent auf dem Parteitag im November 2003 konnte nicht als schlagkräftiges Argument für die Reformkritiker herhalten.
- Das Mitgliederbegehren gegen die Agenda 2010 erwies sich als großer Flop: Aufgrund einer sehr geringen Zahl von Unterzeichnern mussten seine Initiatoren es schließlich abbrechen.
- Die Parteilinke ist in sich nicht geschlossen, besteht aus verschiedenen Gruppen und kann sich angesichts der auch unter ihnen von den meisten nicht bestrittenen Notwendigkeiten der wirtschafts- und sozialpolitischen Veränderung in Folge der ökonomischen Globalisierung nicht auf einheitlich zu verfolgende Instrumente und Maßnahmen einigen. Entsprechend zeigten sie weder eine einheitliche inhaltliche noch strategische Linie; während einige das Mitgliederbegehren befürworteten, lehnten andere es ab; während einige sogar den Ausbau des Wohlfahrtsstaates propagieren, erkennen andere Teile der Linken, dass weitergehende redistributive Forderungen inner- und außerparteilich nur schwer durchsetzbar sind. Es fehlt der Parteilinken sowohl an organisatorischer Schlagkraft wie an einer integrierenden und öffentlichkeitswirksamen Führungspersönlichkeit. Die Gewerkschaften haben darüber hinaus bisher keinen programmatisch-strategischen Konsens gefunden, wie sie auf die veränderte Situation seit dem Aufkommen der „Agenda 2010“ reagieren sollen.
- Im öffentlichen Diskurs waren Gewerkschaften und Parteilinke lange Zeit in die Defensive geraten. Einzelne Meinungsumfragen belegen, dass ein größerer Teil der Bevölkerung den Reformen der „Agenda 2010“ eher aufgeschlossen gegenüber steht und selbst unter den Gewerkschaftsmitgliedern die Zahl der Befürworter relativ groß war. Zudem erscheinen die politischen Alternativen der Parteilinken angesichts der Problemlage und der machtpolitischen Konstellation in Deutschland noch weniger durchsetzungsfähig als die der Bundesregierung.
- Mit Franz Müntefering wählte die SPD einen Vorsitzenden, der als Integrator der verschiedenen Flügel der Parteitradition stärker verpflichtet ist als sein Vorgänger und stärker den Dialog mit den Gewerkschaften und allen innerparteilichen Gruppen sucht als sein Vorgänger.

Schröder indessen muss als Bundeskanzler darauf Rücksicht nehmen, dass die Regierung nur eine hauchdünne Mehrheit im Bundestag besitzt, so dass die Partei- und Fraktionsführung zumindest partiell auf einzelne Forderungen der Linken eingehen muss, um die Regierungsstabilität zu gewährleisten. Hauptforderungen des linken Flügels sind zum Beispiel eine Veränderung der Zumutbarkeitsregeln bei der Wiederaufnahme von Arbeit für Langzeitarbeitslose, eine Erhöhung der Leistungen des Arbeitslosengeldes II und eine größere Verteilungsgerechtigkeit in der Steuerpolitik zu Lasten der Unternehmen. Innerhalb der Regierungskoalition konnten Widerstände und Misstrauen durch einzelne Zugeständnisse abgebaut werden: So sah der Kabinettsbeschluss im Oktober 2003 vor, dass eine Beschäftigung nur dann als zumutbar gilt, wenn ein tarifliches oder ortsübliches Entgelt gezahlt wird und wenn

auch die Betreuung von Kindern sicher gestellt ist. Bezieher des Arbeitslosengeldes II sollen zudem bedarfsabhängige Kinderzuschläge erhalten, Lebensversicherungen und Verwandte ersten Grades sollen nicht herangezogen werden und die Anpassung an das Sozialhilfeniveau soll nach einem Übergangszeitraum erfolgen. Im erfolgreichen Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat wurde schließlich das tarifliche oder ortsübliche Entgelt als Zumutbarkeitskriterium wieder fallen gelassen und als Anpassungszeitraum für das Arbeitslosengeld II an das Sozialhilfeniveau zwei Jahre festgelegt. Einzelne Vertreter der SPD-Parteilinken stimmten im Bundestag wegen ihrer Befürchtung des „Lohndumpings“ gegen diese Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Fazit: Mit der Durchsetzung der „Agenda 2010“ durch die Parteiführung ist die SPD mehr auf den „Dritten Weg“ von Giddens eingebogen, in dem sie Rechte und Pflichten des Einzelnen mehr austariert, Eigenverantwortung und Selbsthilfe stärker betont, die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen erhöhen will, atypische Arbeitsverhältnisse stärker fördert, ebenso hervorhebend, dass ökonomische Globalisierung Veränderungen des Wohlfahrtsstaates unausweichlich werden lässt. Gleichzeitig treten Forderungen nach redistributiven Maßnahmen zurück hinter denen nach Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Doch lassen sich nach wie vor Inkonsistenzen der Politik der SPD ausmachen, stoßen einzelne Aspekte der Regierungspolitik in der SPD weiterhin auf große Vorbehalte. Die Rolle des Wohlfahrtsstaates als umfassender Für- und Vorsorgestaat bleibt ein zentraler strittiger Punkt zwischen den Modernisierern und der traditionellen Konzepten verhafteten Parteilinken sowie der Gewerkschaftsführungen.¹⁴ Diese haben durch die jüngsten öffentlichen Protestaktionen, insbesondere in den neuen Bundesländern, neuen Auftrieb erhalten.

Gerecht und solidarisch? Die programmatische Debatte in der SPD

Die Durchsetzung klassischer ordo-liberaler Vorstellungen der Wirtschaftspolitik sind in der SPD ohnehin nur begrenzt zustimmungsfähig, wie die zahlreichen Proteste der Parteilinken auf die „Agenda 2010“ und auf einen Vorstoß des damaligen Generalsekretärs Scholz zur Veränderung des Gerechtigkeitsverständnisses zeigen. Den Übergang zu einem aktivierenden „Social Investment“-Staat vollzieht die SPD entsprechend nicht vollständig. So stehen die Rentenreform mit ihrer Idee der Stärkung der Eigenvorsorge nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und die Betonung von Pflichten in der Arbeitsmarktpolitik zwar für die von der SPD angestrebte Förderung von Eigeninitiative, fordern Strategiepapiere der Parteiführung den einzelnen auf, „Verantwortung für sich und seine soziale Absicherung zu übernehmen“¹⁵, hält die SPD aber gleichzeitig an einer aktiven Rolle des Staates in der Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik fest.

Die so genannten Modernisierer bevorzugen einen Wohlfahrtsstaat, der den Anspruch auf Lebenschancen gewährleisten soll, verstanden als „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Systeme der sozialen Sicherung bleiben aber dem entgegen im Sinne der Befürworter des universalistischen Wohlfahrtsstaates als Unterstützungs- und Einkommensersatzleistungen in ihrer Substanz recht weitgehend erhalten; sie werden lediglich ergänzt durch wirksamere Anreize zur Aufnahme von Erwerbsarbeit und eine entsprechende Beratung von Seiten der Arbeitsämter, die vom Staat gesetzt

werden. Dem Staat bleibt eine aktive Rolle als Gestalter, der sich vom „Vater Staat zum Partner Staat“¹⁶ entwickeln soll.

Soziale Sicherheit gilt der SPD wie vor als Bürgerrecht, d.h. die sozialen Sicherungssysteme sollen Mindeststandards materieller Sicherheit für die gesamte Bevölkerung schaffen. Ein ausgleichender und regulierender Staat zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist nach den Vorstellungen des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Müntefering erforderlich, wobei die Partei in ihrem zu erarbeitenden Grundsatzzprogramm das Verhältnis der Eigenverantwortung und des Allgemeinwohls gründlich austarieren sollte.¹⁷ Die Förderung der Selbsthilfefähigkeit im Sinne von mehr Freiheit zur Selbstentfaltung und damit Giddens' Leitbild größerer individueller Verantwortung und höherer Flexibilität – wie es auch die Gruppe der dem „Dritten Weg“ recht nahestehenden Netzwerker innerhalb der Partei favorisiert¹⁸ – stand jedenfalls lange Zeit nicht im Vordergrund der politischen Initiativen der SPD und ist mit der „Agenda 2010“ nur ansatzweise umgesetzt.

Den in der Partei keineswegs unumstrittenen Gerechtigkeitsbegriff hat die Parteiführung jedoch neu gefasst, indem sie nicht wie bisher Ergebnisgleichheit durch Umverteilung in den Vordergrund rückt, sondern darunter Zugangsoffenheit und Chancengleichheit versteht. Die Betonung liegt auf einer gerechten Neuverteilung von grundlegenden Lebenschancen, nicht auf einer Gleichheit im Ergebnis. Umverteilung wird zumindest von Seiten der Modernisierer wie etwa der Gruppe der Netzwerker in der SPD nicht mehr als per se gerecht beurteilt, stattdessen sprechen sie von einem durchaus zu vertretenden Ausmaß an „gerechter Ungleichheit“, die auf persönlichen Leistungen beruhe. Hergestellt werden soll Chancengleichheit. Entsprechend soll jeder einzelne Bürger die gleichen Zugangschancen zu Bildung, Erwerbsarbeit und Information besitzen. Die Eröffnung und lebenslange Erneuerung von Bildungschancen soll gewährleistet sein. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist aus Sicht der SPD nur auf dieser Basis möglich; sie ist ohne Gewährleistung von Bürgerrechten und in diesem Sinne verstandener Chancengleichheit nicht realisierbar.

4. Problembereich III: Alles nur ein Vermittlungsproblem?

Ist das derzeitige Tief der SPD als Regierungspartei wirklich nur ein Vermittlungsproblem, wie es an der einen oder anderen Stelle aus dem Kanzleramt und der Parteizentrale zu hören ist?

Die Regierungskommunikation in Deutschland kann als fragmentiert und dezentralisiert gelten, bei der jedes Ressort und jede Koalitionspartei sowie -fraktion eigenständig und zu weiten Teilen unabhängig Kommunikationsleistungen erbringen und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, was die Rolle des Regierungssprechers im Bundespresseamt als Zentrum der Regierungskommunikation erschwert.¹⁹ Nicht selten entstehen daraus Konflikte bei der Informationsverarbeitung und ihrer Kommunikation nach außen. Mit dieser Struktur erhöhen sich die Anforderungen an strategische Kommunikationskoordination, insbesondere bei umfassenden Reformvorhaben wie der „Agenda 2010“. Hier wirkten eine große Anzahl von Akteuren mit eigenen, unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Interessen am Reformprozess auf Seiten der Regierungsparteien mit, was Mehrdeutigkeiten und Ambiva-

lenzen förderte und innerparteilicher Geschlossenheit im kommunikativen Auftreten entgegen stand. Erst im Verlaufe des Prozesses haben Kanzler- und Bundespresseamt ihre Koordinationsleistungen intensiviert und ihr Kommunikationsmanagement auf die Komplexität der Aufgabe eingestellt, ohne damit jedoch ihre Ziel- und Richtungsbestimmungen der Regierungsfähigkeit und Vermittlung der alternativlosen Notwendigkeit des Reformprozesses durchzusetzen. Unzureichend war offenkundig auch das Kommunikationsmanagement aus der Parteizentrale heraus in der Amtszeit des früheren Generalsekretärs Scholz, da dieser kommunikationsstrategischen Entwürfen weniger Beachtung schenkte als etwa sein Vorgänger Müntefering, der die Professionalisierung des Kommunikationsmanagements in der Parteizentrale weiter voran gebracht hatte. Planung und Konkretisierung der unterschiedlichen Vermittlungsschritte sind nicht ausreichend genug miteinander verzahnt worden, ebenso wie der Prozess der Entscheidung und der Darstellung nicht immer kongruent erschienen. Doch greift der Erklärungsansatz der unzureichenden Vermittlung der Reformen zu kurz und lässt das gravierendere Glaubwürdigkeitsproblem ebenso außer Acht wie die innerparteiliche Zerrissenheit.

5. Ausblick

Um auf dem Wählermarkt *als Regierungspartei* wieder als erfolgreicher Akteur wahrgenommen zu werden, darf sich die SPD aber nicht *defensiv* auf den von der Bundesregierung häufig gegebenen Hinweis der ökonomischen Notwendigkeiten von Reformen zur Umgestaltung des Wohlfahrtsstaates beschränken, sondern sollte über das reine Management von Politik hinaus *offensiv* die politische Aufgabe wahrnehmen, den Wählern zu verdeutlichen, welche Chancen im Wandel ihrer Politik liegen und diesen klar vermitteln, was diese zu im einzelnen zu erwarten haben und wie ihre Zukunftsperspektiven und die zukünftiger Generationen mit der Regierungspolitik in Einklang zu bringen sind. In einer Situation, in der die Glaubwürdigkeit von Partei und Regierung erheblich gelitten hat sowie die Kompetenzwerte der Regierung derzeit sehr niedrig sind, gleichzeitig Teile der Parteibasis mit Misstrauen auf die Bundesregierung blicken, besteht das Dilemma der neuen Parteiführung darin, Wege zu finden, welche die Regierungspolitik der „Agenda 2010“ öffentlich legitimieren, die bisherigen eher etatistischen und neo-korporatistischen Konzepte und Politiken der ersten Amtsperiode damit zu verbinden sind, um somit gleichzeitig außer- wie innerhalb der Partei wieder an Kompetenz zu gewinnen. Als wichtiger Schritt in diesem Prozess muss die innerparteiliche Überzeugungsarbeit stehen: Gegenüber der Partei gilt für die Parteiführung der bekannte Grundsatz der Theorie modernen Managements: Befolgung heißt noch nicht innere Zustimmung. Der Wechsel im Parteivorsitz von Schröder zu Müntefering mag als kleiner Schritt dazu beitragen, der Partei gleichzeitig Selbstbewusstsein zu geben und Akzeptanz zu erzeugen. Erst wenn die Partei als Ganze sich dem Projekt „Agenda 2010“ verpflichtet fühlt, kann jener Aufbruch erfolgen, den Schröder schon vom Bochumer Parteitag 2003 ausgehen sah. Es fehlt der SPD derzeit die „große Erzählung“ von der sozialen, ökonomischen und politischen Vision, die einst ihre Erfolge mitbegründet hat.²⁰ Solidarität und Gemeinwohl sowie Teilhabe und Teilnahme sollten

dabei als zentrale Werte und Ziele nicht außer Acht gelassen werden, will die SPD nicht als identitätslose Partei der Mitte agieren.²¹ Sozialdemokratische Tradition, Responsivität, Kooperation mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Modernisierung von Staat und Gesellschaft bilden nicht zwangsläufig einen Gegensatz, sondern sind funktionale Notwendigkeit der Erneuerung einer wirkungs- und machtvollen Sozialdemokratie. Doch sollte sich die SPD nicht nur daran erinnern, wer ihr zweimal zur Regierungsverantwortung verholfen hat, sondern vermehrt Überlegungen anstellen, welche Wählergruppen sie überhaupt für sich mobilisieren kann, will sie noch ein drittes Mal bei Bundestagswahlen reüssieren.

Mit einer ausschließlich pragmatischen Regierungspolitik zur Lösung der spezifischen Probleme Deutschlands („erst das Land, dann die Partei“) läuft die politische Linke Gefahr, dass es ohne die Herausbildung einer neuen sozialdemokratischen Identität und eines modernisierten Wertesystems zu einer Entfremdung zwischen der Bundesregierung und ihren Sympathisanten bzw. Wählern kommt. Ohne eine sinnstiftende Identität, mit der sich die Sozialdemokratie von den politischen Mitbewerbern im Parteiensystem abhebt und die Loyalitäten sowie Unterstützung hervorruft, lässt sich im Parteienwettbewerb dauerhaft nur schwer Erfolge erzielen. Diese muss zur dauerhaften Absicherung der Machtposition mit einem professionellen Kommunikationsmanagement einhergehen; beides sollte zusammen gedacht und geplant Erfolg versprechen. Die zentralen Themen der Zukunft der Sozialdemokratie liegen auf der Hand: Umfassende Bildung, Umbau der sozialen Sicherungssysteme zum Erhalt des Wohlfahrtsstaates, Ausbau des liberalen Rechtsstaates (insbesondere in der Zuwanderungspolitik), eine Politik der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen und ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst sind Issues, die einer modernisierten Sozialdemokratie eine erfolgversprechende Identität geben können. Eine den Grundprinzipien der Partei nicht entsprechende Diskussion wie die um Eliteuniversitäten erscheint dagegen im Hinblick auf den Wählermarkt wenig Erfolg versprechend.

Anmerkungen

- 1 Glaubwürdigkeit ist ein zentrales Gut für Regierungspolitik. Es ergibt sich aus einem widerspruchsfreien Zusammenwirken von Handeln und Kommunikation und soll Vertrauen in die Regierungspolitik bewirken.
- 2 Dyson (2001), S. 146.
- 3 Müntefering (2002), S. 3.
- 4 Walter (2002) spricht pointiert von einem „Stück- und Flickwerk des Regierungshandelns“, aus dem „niemand in der SPD (...) eine Choreographie des kohärenten sozialdemokratischen Reformismus komponieren“ könne (S. 11).
- 5 Siehe auch schon Jun (2003) und Jun (2004).
- 6 Murswieck (2003) erläutert, dass der Regierungsstil Schröders unter anderem durch flexibles Wechseln von Positionen, pragmatische Spontaneität und ein Verständnis von Politik als „unideologische praktische Veranstaltung“ hervorsteicht (S. 131).
- 7 Schmidt (2002), S. 32. An anderer Stelle spricht Schmidt (2003) von einer „geradezu unterwürfigen Haltung der Schröder-Regierung gegenüber den lohn- und arbeitsmarktpolitischen Partikularinteressen der Gewerkschaften“ (S. 256) und konstatiert: „Zuvorkommend bediente die Sozialpolitik der Schröder-Regierung meist aber die klassische SPD-Klientel, insbesondere die Gewerkschaften, und zwar durch Entscheidungen ebenso wie durch Nichtentscheidungen“ (S. 255).

- 8 Schabedoth (2001), S. 194. Auch Schroeder (2001) konstatiert, dass mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes die Regierungskoalition gezeigt habe, dass „sie auch in der Lage ist, existenzielle Anliegen der Gewerkschaften gegen den Widerstand der Arbeitgeber durchzusetzen“ (S. 272). Vgl. des Weiteren Tiemann (2002). Der damalige Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt zeigt anhand verschiedener Projekte auf, dass von einer Abwendung der SPD von den Gewerkschaften keine Rede sein könne. Im Gegenteil, mit Bezug auf die von ihm aufgeführten zahlreichen Reformen: „Allen genannten Maßnahmen ist eins gemein: Sie waren politische Forderungen der Gewerkschaften im Wahljahr, die von der rot-grünen Bundesregierung umgesetzt wurden“ (S. 44).
- 9 Steinmeier (2001), S. 265.
- 10 Dazu zählen neben Steinmeier u.a. Regierungssprecher Anda, der Stabschef im Kanzleramt Steinlein, Schröders Büroleiterin Krampitz, der stellvertretende Regierungssprecher Steg, Schröders Kommunikationsberater und Redenschreiber Hesse und der Planungschef aus dem Wirtschaftsministerium Cordes. Korte (2003) bezeichnet diesen Zirkel als „Steinmeier-Kreis“ (S. 35).
- 11 Strategiepapier „Auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit, abgedruckt in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Januar 2003.
- 12 Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. April 2003.
- 13 Siehe Giddens (1998).
- 14 Siehe auch Gohr (2003), S. 48.
- 15 Sicherheit im Wandel, S. 13.
- 16 Netzwerk Berlin (2003), S.24.
- 17 Interview des Verfassers mit Franz Müntefering am 3. Juni 2004 im Willy-Brandt-Haus.
- 18 Siehe Netzwerk Berlin (2003), S. 12f.
- 19 Vgl. grundlegend zur Organisation der Regierungskommunikation in Deutschland Pfetsch (2003), S. 75-82.
- 20 So auch Lösche (2003).
- 21 Borchert (1996), S. 74.

Literatur

- Borchert, Jens (1996): Alte Träume und neue Realitäten: Das Ende der Sozialdemokratie. In: Jens Borchert/Lutz Golsch/Uwe Jun/Peter Lösche (Hrsg.), *Das sozialdemokratische Modell, Organisationsstrukturen und Politikinhalt im Wandel*, Opladen: Leske + Budrich, S. 39-80.
- Dyson, Kenneth (2001): *The German Model Revisited: From Schmidt to Schröder*. In: *German Politics* 10. Jg. (2), S. 135-154.
- Giddens, Anthony (1998): *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*. Cambridge: Polity.
- Gohr, Antonia (2003): Auf dem „dritten Weg“ in den „aktivierenden Sozialstaat“? Programmatische Ziele von Rot-Grün. In: Antonia Gohr/Martin Seeleib-Kaiser (Hrsg.), *Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 37-60.
- Jun, Uwe (2003): *The Changing SPD in the Schröder Era*. In: *Journal of Policy History* 15. Jg., S. 65-93.
- Jun, Uwe (2004): *Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich*. Frankfurt/Main: Campus.
- Korte, Karl-Rudolf (2003): *Information und Entscheidung. Die Rolle von Machtmaklern im Entscheidungsprozess von Spitzenakteuren*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 43/2003, S. 32-38.
- Lösche, Peter (2003): *Sozialdemokraten im Niedergang? Zum Zustand der SPD und ihrer europäischen Schwesterparteien*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 48. Jg. (2), S. 207-216.
- Meyer, Thomas (2002): *Soziale Demokratie und Globalisierung. Eine europäische Perspektive*. Bonn: Dietz.
- Müntefering, Franz (2002): *Die Politik der Mitte in Deutschland*. Unveröffentlichtes Manuskript.

- Murswieck, Axel (2003): Des Kanzlers Macht: Zum Regierungsstil Gerhard Schröders. In: Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohlhörer (Hrsg.), *Das rot-grüne Projekt, Eine Bilanz der Regierung Schröder*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 117-135.
- Netzwerk Berlin (2003): *Impulse. Für ein neues Grundsatzprogramm der SPD*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Pfetsch, Barbara (2003): *Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schabedoth, Hans-Joachim (2001): *Die deutsche Sozialdemokratie auf schwierigem Reformweg*. In: Wolfgang Schroeder (Hrsg.), *Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Sozialdemokratische Reformstrategien in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, S. 187-202.
- Schmidt, Manfred G. (2002): *Politiksteuerung in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Frank Nullmeier/Thomas Saretzki (Hrsg.), *Jenseits des Regierungsalltags, Strategiefähigkeit politischer Parteien*, Frankfurt: Campus, S. 23-38.
- Schmidt, Manfred G. (2003): *Rot-grüne Sozialpolitik (1998-2002)*. In: Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohlhörer (Hrsg.), *Das rot-grüne Projekt, Eine Bilanz der Regierung Schröder*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 239-258.
- Scholz, Olaf (2003): *Gerechtigkeit und solidarische Mitte im 21. Jahrhundert*. Unveröffentlichtes Papier. Berlin.
- Schroeder, Wolfgang (2001): *Ursprünge und Unterschiede sozialdemokratischer Reformstrategien. Großbritannien, Frankreich und Deutschland im Vergleich*. In: Ders. (Hrsg.), *Neue Balance zwischen Markt und Staat?, Sozialdemokratische Reformstrategien in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, S. 251-274.
- Schroeder, Wolfgang (2004): *Social Democracy and DGB Unions*. In: Stephen Haseler/Henning Meyer (Hrsg.), *Reshaping Social Democracy. Labour and the SPD in the New Century*, London: European Research Forum at London Metropolitan University, S. 63-98.
- Steinmeier, Frank Walter (2001): *Konsens und Führung*. In: Franz Müntefering/ Matthias Machnig (Hrsg.), *Sicherheit im Wandel. Neue Solidarität im 21. Jahrhundert*, Berlin: vorwärts Verlag, S. 263-272.
- Sturm, Roland (2003): *Episode oder Projekt? Die rot-grüne Koalition seit 1998*. In: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2002, Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 139-152.
- Tiemann, Heinrich (2002): *Rot-Grün und Gewerkschaften. Altes Bündnis oder Ende einer Partnerschaft*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 15. Jg. (2), S. 40-48.
- Vorstand der SPD (Hrsg.) (1999): *Innovation und Gerechtigkeit. Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik*. Berlin.
- Vorstand der SPD (Hrsg.) (2001): *Sicherheit im Wandel*. Berlin.
- Vorstand der SPD (Hrsg.): (2003): *Mut zur Veränderung. Die Agenda 2010*. Berlin.
- Walter, Franz (2002): *Stillgelegt und ausgebrannt. Die SPD als Kanzlerpartei*. In: *Vorgänge* 41. Jg. (1), S. 8-14.